

Urteil Nr. 13/2017

REPUBLIK ITALIEN
IM NAMEN DES ITALIENISCHEN VOLKES
DER RECHNUNGSHOF
RECHTSPRECHUNGSSEKTION BOZEN

bestehend aus den Richtern

Donata CABRAS	Vorsitzende
Enrico MARINARO	Rat – Berichterstatter
Irene THOMASETH	Rat

erlässt folgendes

URTEIL

in dem unter Nr. 1892 des Kanzleiregisters eingetragenen Amtshaftungsverfahren, angestrengt von der Regionalen Staatsanwaltschaft gegen HOFER Ernst, vertreten und verteidigt durch RA Dr. Martin Mairhofer aus Bozen;

nach Anhören, in der öffentlichen Verhandlung vom 18. Mai 2017 des berichterstattenden Richters, des Vertreters der Regionalen Staatsanwaltschaft, Alessia Di Gregorio, und des RA Mairhofer; nach Einsicht in die Akten und in sämtliche verfahrensbezogene Unterlagen;

SACHVERHALT UND RECHTSAUSFÜHRUNGEN

1. Mit Klageschrift vom 21. Dezember 2016 lud die Regionale Staatsanwaltschaft in Folge der Ermittlungen, die aufgrund einiger Zeitungsartikel eingeleitet worden waren, Herrn Ernst HOFER, Gemeindesekretär der Gemeinde Ahrntal, vor diese

Rechtssprechungssektion, um dessen Verurteilung zum Schadenersatz von € 856,55-, zugunsten der Gemeinde Ahrntal, zuzüglich der gesetzlichen Zinsen, der Geldaufwertung und der Verfahrenskosten, zu erwirken. Die genannte Summe entspricht den Ausgaben, welche aus dem Beschluss des Gemeindevorstandes Nr. 484 vom 2. November 2011 hervorgegangen sind, und mit welchem beschlossen worden war, die Ausgaben für Ankauf, Verpackung und Dekoration eines dem Landeshauptmann „*anlässlich seines 70. Geburtstages*“ überreichten Bergkristalls aus dem Gemeindehaushalt zu bestreiten.

1.1 Angesichts der Artikel 21 und 22 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden, „*fehlen*“ laut Staatsanwaltschaft „*im Anlassfalle gänzlich die vom Gesetz vorgesehenen Zulässigkeitsvoraussetzungen für Repräsentationsausgaben, auch angesichts der Tatsache, dass die Feier für Alois Durnwalders Geburtstag eine private Begebenheit war, die keinen institutionellen Charakter aufwies*“.

Der Staatsanwalt hat die aus den hinterlegten Gegendarstellungen hervorgegangene Vorstellung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen gerügt, die auf einer Art Verpflichtung zur Dankbarkeit gegenüber dem Landeshauptmann beruhe, da er seine Unterstützung der Aufbauprogramme für das Ahrntal zugesichert hatte.

Abschließend hat der Staatsanwalt schlussgefolgert, dass die

Haftung für den vorgehaltenen Schaden dem heutigen Beklagten anzulasten sei, da er in seiner Eigenschaft als Gemeindesekretär durch grobe Fahrlässigkeit seinen wichtigsten Funktionen als Garant von Recht und Gesetz sowie für die ordnungsgemäße Abwicklung der Verwaltungstätigkeit untreu geworden sei.

2 Mit Antwortschriftsatz vom 12. April hat RA Martin Mairhofer darauf hingewiesen, dass sich die Gesamtausgaben auf € 766,55 belaufen (also im Vergleich zu dem in der Klage angeführten Betrag € 90,00 weniger); er hat die gegnerischen Ansprüche beanstandet und folgende Schlussanträge gestellt:

2.1 aus prozessualrechtlicher Hinsicht, möge man die Nichtigkeit der Ermittlungs- und Prozesshandlungen des Regionalstaatsanwaltes wegen ursprünglichen Fehlens einer spezifischen und konkreten Schadensnachricht erklären;

2.2 vorab, die (teilweise) eingetretene Verjährung erklären, da die den Ankauf des Bergkristalls betreffende Rechnung (über € 700,00) am 22. September 2011 ausgestellt worden ist, während die erste, die Verjährung unterbrechende Maßnahme (die Aufforderung zur Stellungnahme) erst am 27. September 2011 zugestellt wurde;

2.3 in der Hauptsache, die Klage abweisen, da die streitgegenständliche Ausgabe als Repräsentationsausgabe völlig zulässig ist, nachdem es sich um ein Geschenk zu einem besonderen Anlass handelt, und in jedem Fall den Beklagten freisprechen:

2.3.1 wegen mangelnder Zuständigkeit, da die Verwaltung der Repräsentationsspesen dem Gemeindevorstand anvertraut ist;

2.3.2 und/oder, weil keine grobe Fahrlässigkeit vorliegt, insbesondere angesichts einer Mitteilung des Gemeindevorstandes vom 19. September 2011, mit welcher empfohlen wurde, für die Hungerhilfe in Afrika zu spenden, woraus die implizite Bestätigung der Rechtmäßigkeit des Ankaufs des erstellten Geschenks hervorgeht;

2.4 in völlig untergeordneter Hinsicht, die gemäß Art. 1-bis des Ges. Nr. 20/1994 trotzdem erlangten Vorteile berücksichtigen und die Verurteilung in Anwendung der Minderungsbefugnis auf ein Minimum reduzieren.

3. Vorausgeschickt, dass der Staatsanwalt die vorgenannte Berichtigung in Bezug auf die korrekte Höhe des Schadensersatzanspruches (€ 766,55) geteilt hat, haben die Parteien in der öffentlichen Verhandlung ihre Standpunkte dargestellt und bekräftigt.

4. Dies nun geklärt, muss zunächst der Einwand der Nichtigkeit der Ermittlungstätigkeit abgewiesen werden, da im gegenständlichen Fall ein durchaus detaillierter und stichhaltiger, auf einen mutmaßlichen Schaden der öffentlichen Finanzen bezogener Anlass vorliegt, so, dass also ausgeschlossen werden kann, dass die Staatsanwaltschaft eine unzulässige allumfassende Kontrolltätigkeit einer Vielzahl undifferenzierter Maßnahmen durchgeführt habe.

In dieser Hinsicht genügt es, auf den vorgebrachten Artikel der Tageszeitung Alto Adige vom 26. September 2011 [*E' corretto che i sindaci usino fondi pubblici per il regalo a Luis Durnwalder? La settimana di festeggiamenti per i 70 anni del presidente provinciale è terminata, ma non le polemiche. Per evitare la corsa al regalo più bello, il Consorzio dei Comuni ha suggerito ai sindaci di optare per versamenti a sostegno di progetti di aiuto alla carestia in Africa. Donare 0,10 centesimi per abitante, è stato il suggerimento. Adesione in massa, ma le scelte sono state diverse. A Bronzolo, spiegava il sindaco Benedetto Zito durante la festa di sabato a Castel Tirolo, la giunta si è autotassata: «Non ci sembrava corretto gravare sulle casse comunali. Abbiamo deciso di partecipare a questa iniziativa benefica, pagandola però di tasca nostra. Abbiamo pochi abitanti, quindi la cifra era di soli 260 euro». Il Comune di Bolzano non ha ancora discusso la questione in giunta, ma il sindaco Luigi Spagnolli si è impegnato. Con fondi comunali però: «Sto verificando da quale capitolo di bilancio attingere». Se verrà rispettato il principio dei 10 centesimi, Bolzano verserà 10 mila euro. L'aiuto all'Africa è stata la scelta anche del gruppo Svp in Provincia.*] zu verweisen, um die völlige Rechtmäßigkeit, und noch mehr die Unerlässlichkeit, der aufgenommenen Ermittlungstätigkeit zu bestätigen, die notwendigerweise – angesichts der unterschiedlichen Vorgehensweisen, über welche die Zeitung berichtet hat (*“E' corretto che i sindaci usino fondi pubblici per il regalo a Luis*

Durnwalder?...Adesione in massa, ma le scelte sono state diverse...”) – durch eine Anfrage an die Bürgermeister der Südtiroler Gemeinden erfolgt ist, mit welcher um Informationen bezüglich etwaiger Ausgaben anlässlich des 70. Geburtstages des Landeshauptmannes ersucht wurde.

Die Behauptung des Beklagten, man müsse aus der Schadensnachricht direkt auf den aus dem Gemeindehaushalt zu bestreitenden Ankauf eines Geschenkes für den Landeshauptmann Durnwalder seitens (ausgerechnet) der Gemeinde Ahrntal schließen, erweist sich somit als ein reines Verteidigungsargument, da ein erheblicher Verlust der Ermittlungsbefugnisse vorausgesetzt wird, welche die Rechtsordnung der regionalen Staatsanwaltschaft des Rechnungshofes zuschreibt.

5. Ebenso abzuweisen ist der Einwand der (teilweise) eingetretenen Verjährung, angesichts dessen, dass der genannte Beschluss zur Flüssigmachung der streitgegenständlichen Ausgaben (€ 700,00 + € 66,55) am 2. November 2011 erlassen worden ist, mit darauffolgenden Zahlungsmandaten vom 14. November.

6. In Bezug auf die Hauptsache, ist es von Vorteil die genannte Regelung des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Ordnung der Gemeinden vollständig wiederzugeben:

Artikel 21 legt wie folgt fest: *„Repräsentationsspesen sind die zur Aufrechterhaltung oder Steigerung des Ansehens der Gemeindeverwaltung bestrittenen Ausgaben“*: diese *„fußen auf*

dem Erfordernis der Gemeinde, im Zusammenhang mit den eigenen institutionellen Aufgaben nachaußen hin aufzutreten, und müssen im Rahmen der von der Gemeinde gepflegten Beziehungen darauf ausgerichtet sein, über die zugunsten der Gemeinschaft entfaltete Tätigkeit zu informieren und dieser Anerkennung zu verschaffen“;

Art. 22 bestimmt *sub Absatz 1*, dass *„die Verwaltung des Repräsentationsfonds (ist) in den Grenzen der im Haushaltsvoranschlag festgesetzten Ansätze ... unter Einhaltung der im folgenden Absatz ...enthaltenen Vorschriften ... dem Gemeindeausschuss anvertraut“*, und präzisiert im (eben) darauffolgenden Absatz 2 wie folgt: *„Als zulässige Repräsentationsspesen gelten folgende: a) Ankauf von Auszeichnungen, Medaillen, Pokalen, Büchern, photographischen Reproduktionen, Diplomen, Blumen, Geschenke für Preise oder Freundschaftsbekundungen bei Veranstaltungen und Anlässen besonderer Bedeutung; b) Arbeitsessen bei Empfängen; c) Verpflegung und Ankauf anderer Gegenstände für Studientagungen und Besuche anderer Gemeinden und öffentlicher Körperschaften; d) Beleuchtung, Beschmückung und Ähnliches anlässlich verschiedener Feierlichkeiten; e) Partnerschaften mit anderen Gemeinden; f) Erfahrungsaustausch mit anderen Körperschaften auf den verschiedenen Tätigkeitsbereichen; g) Einweihung öffentlicher Einrichtungen; h) Totenehrungen für während des Dienstverhältnisses verstorbene Angestellte oder für*

Personen, die die Gemeinde vertreten oder durch ihr Wirken der Gemeinde Ruhm und Ansehen verliehen haben; i) Veranstaltungen und Geschenke zur Ehrung langjähriger Bediensteter.“

6.1 Nun behauptet der Beklagte, mit Hinweis auf den Inhalt des obigen Buchstaben a), dass das Gesetz *„nicht ausschließt, dass Repräsentationskosten auch anlässlich eines Geburtstages eines unstrittiger Weise hohen Behördenvertreter getätigt werden können und zwar genau so, wie es auch nicht ausschließt, dass die Gemeinde z.B. ihren ältesten Gemeindegürgern zu einem runden Geburtstag ihre Glückwünsche überbringt und ein kleines Geschenk übergibt“*.

Es ist dies kein treffender Vergleich und erscheint allenfalls kontraproduktiv.

Es ist nämlich klar, dass der hypothetische Blumenstrauß, der dem Hundertjährigen im örtlichen Altersheim überreicht wird, absolut mit den *„institutionellen Zielen“* der Körperschaft übereinstimmt und, besser noch, mit einem wesentlichen Augenblick ihres *„gesellschaftlichen Lebens“*, indem ihr so ermöglicht wird *„über die zugunsten der Gemeinschaft entfaltete Tätigkeit zu informieren und dieser Anerkennung zu verschaffen“*, im spezifischen Fall durch die Fürsorge gegenüber älteren Mitbürgern: mit anderen Worten, das Geschenk an den einzelnen älteren Mitbürger, der ein besonders hohes Alter erreicht hat, ist somit von *„besonderer Bedeutung“* (s. Absatz 2, Buchstabe a)), da es der Festigung der Gemeinschaft dient und somit der

„Aufrechterhaltung oder Steigerung des Ansehens der Gemeindeverwaltung“.

Daher erscheint der Geburtstag einer nicht zur Gemeinde gehörenden Person (wie der Landeshauptmann), wenn auch aufgrund ihrer Bekanntheit mit großer Resonanz gefeiert, die Bedingungen für die Zulässigkeit der Spesen nicht zu erfüllen, da es nicht nachvollziehbar ist, wie – so behauptet der Beklagte – das gegenständliche Geschenk *„das Ansehen der Gemeinde Ahrntal gesteigert“* haben soll.

6.2 Dies erst recht, wenn man die vom Beklagten im Rahmen des Ermittlungsverfahrens vorgebrachten Gegendarstellungen berücksichtigt (Dok. 12), mit welchen er in der Tat die gegnerischen Vorhaltungen ‘einzugestehen’ scheint:

„Es war Usus, dass die Gemeinden vor der Planung neuer Hochbauten bzw. Sanierungen von Straßen und Plätzen ein Vorgespräch mit dem Landeshauptmann führten. Dies auch um zu verstehen, ob im laufenden Jahr genügend Gelder für die geplanten Bauvorhaben im Landeshaushalt zur Verfügung standen, denn der Landeshauptmann hatte die Gewährung von Landesbeiträgen an die Gemeinden ‘zentralisiert’; weshalb „(der Ahrntaler Gemeindeausschuss), in diesem Kontext und vor Allem weil der Landeshauptmann zugesagt hat, ein Aufbauprogramm für das Ahrntal zu unterstützen (u.a. hat er den Bürgermeister mit dem Gemeindeausschuss im Jänner 2011 in Bozen empfangen), entschieden (hat), dem Landeshauptmann einen typischen

Ahrntaler Bergkristall (das Ahrntal ist bekannt für diese Mineralien) zu schenken. Damit konnte die Gemeindeverwaltung in den Folgejahren konsequent ihre Ziele verfolgen und voranbringen; ein Umstand welcher der gesamten Gemeinde zum Vorteil gereicht hat“; folglich „(wurde) das Geschenk als Zeichen des Dankes der Ahrntaler Bevölkerung überreicht.“

6.3 Nun ist für jedermann ersichtlich, dass diese unangemessene Vorstellung der Beziehungen mit der zentralen Gebietskörperschaft, welche in der Person ihres Landeshauptmanns einen direkten Bezugspunkt sieht, *de facto* die Rangordnung der institutionellen Kompetenzen derselben Körperschaft untergräbt, sowie die korrekte Vorgehensweise im Entscheidungsbildungsprozess beeinflusst, welcher hingegen – bei Wahrung der Grundsätze von Transparenz und Unparteilichkeit, unter Anwendung der allgemein vom politischen Organ in kollegialer Zusammensetzung festgesetzten Kriterien – durch die technisch-juridischen Bewertungen der Strukturen (Abteilungen und Ämter) erfolgen sollte, die für die von Mal zu Mal berücksichtigten Bereiche zuständig sind (vgl. LG Nr. 17/1993).

Einem solchen (verkannten) Dankbarkeitsverständnis eine Bedeutung beimessen zu wollen, könnte deshalb sicher nicht mit dem Grundsatz der guten Verwaltungspraxis in Einklang gebracht werden, gemäß welchem die verschiedenen beteiligten Körperschaften als solche – entsprechend der ihnen von der Ordnung zugewiesenen Stellung – gehalten sind, von Amts wegen

der Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit und zur optimalen Durchführung der dargestellten und/oder in Betracht gezogenen öffentlichen Interessen nachzukommen.

7. Die dargestellten Ausführungen beweisen den durch die getätigte Ausgabe entstandenen Schaden und implizieren, kraft ihres Inhalts, auch eine grobe Fahrlässigkeit – in Form einer unentschuldbaren Nachlässigkeit – zu Lasten des Beklagten, da dieser, durch das Anbringen des vorhergehenden Gutachtens hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit auf obgenannten Beschluss, seiner Funktion als Garant für die Wahrung von Recht und Gesetz sowie für die ordnungsgemäße Abwicklung der Verwaltungstätigkeit der Gemeinde untreu geworden ist.

7.1 Vorausgeschickt, dass offensichtlich der im Antwortschriftsatz genannte Umstand, wonach Herr Hofer keinerlei Dokortitel besitzt, nicht relevant ist (da man sonst eine nicht durchführbare Unterscheidung annehmen müsste, nach Studientitel der einzelnen Gemeindesekretäre, nach Niveau der Ausführung der ihnen zugewiesenen Funktionen), teilt der Senat auch nicht die Bedeutung, welche die Verteidigung der genannten Mitteilung des Gemeindenverbandes zuschreibt, welche folgendermaßen lautet:

„Der Verwaltungsrat des Gemeindenverbandes hat sich bei der Sitzung vom 16. September 2001 dafür ausgesprochen, anlässlich des 70. Geburtstages von Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder den Gemeinden zu empfehlen, von Geschenken

abzusehen und an deren Stelle an einer gemeinsamen Spendenaktion für die Hungerhilfe in Afrika teilzunehmen. Als Richtwert für den Spendenbeitrag wird vorgeschlagen, dass sich jede Gemeinde mit 0,10 Euro pro Einwohner an der Aktion beteiligt.“

Wie aus der klaren Lektüre des Textes hervorgeht, wollte der Gemeindenverband mit genanntem Schreiben nicht stillschweigend die Zurechenbarkeit etwaiger Geschenke an die Kategorie der Repräsentationsspesen anerkennen, denn er hat keinen fachspezifischen Rat abgegeben, sondern lediglich eine Solidaritätshandlung empfohlen, die keine rechtlichen Folgen enthielt (der Vollständigkeit wegen wird angemerkt, dass auch nicht hervorgeht, dass der Gemeindenverband mit einem diesbezüglichen Antrag zur Stellungnahme befragt worden sei).

7.2 Die auffallende Intensitätsstufe der Fahrlässigkeit, bezeugt durch den (von der Staatsanwaltschaft vorgebrachten und nicht beanstandeten) Umstand, dass der Großteil der Gemeindeverwaltungen des Landes für den gegenständlichen Zweck keine öffentlichen Gelder verwendet hat, erlaubt die beantragte Anwendung der Herabsetzungsbefugnis nicht.

In Anbetracht der *sub* Par. 6.1 gestellten Schlussanträge, erkennt man außerdem keine angemessene Voraussetzung, auf der sich die angeblichen Vorteile laut Art. 1-bis, G Nr. 20/1994 stützen ließen.

8. Gleichwohl ist anzunehmen, dass die der hier vorgehaltenen

Initiative (s. Par. 6.3) zugrundeliegende offensichtlich ‘verzerrte’ Logik auch von den einzelnen Mitglieder des Gemeindeausschusses (im Rahmen der Fassung des streitgegenständlichen Beschlusses) leicht festzustellen gewesen sei, nachdem man berechtigterweise annehmen kann, dass jeder öffentliche Verwalter mit Sicherheit weiß, dass der Entscheidungsablauf nicht auf eine Art persönliche positiv gesonnene Haltung ausgerichtet sein kann, die ihrerseits eine Art direkten Dank vermeintlich ‘institutioneller’ Natur verdient.

Angesichts dieser Mitursachen ist der Senat der Meinung, dass – die dem Gemeindesekretär zugeteilten besonderen Funktionen (in kleineren Körperschaften umso mehr: siehe Sek. Lombardei n. 1286/2004) unbeschadet (wie in der Klage richtigerweise hervorgehoben, mit Verweis auf das Urteil Nr. 32/2011 dieser Sektion) – die Hälfte des beanstandeten Betrages, im Anfall, potenziell und unterschiedslos den Mitgliedern des Gemeindeausschusses anzulasten ist.

9. Der Beklagte ist somit zum Schadenersatz in Höhe von € 383,00 zugunsten der Gemeinde Ahrntal zu verurteilen, zuzüglich Geldaufwertung ab dem Datum der Flüssigmachung der Ausgaben bis zum Tag der Veröffentlichung dieses Urteils; außerdem sind dem so aufgewerteten Betrag die Zinsen ab dem obigen Tag bis zur effektiven Zahlung hinzuzurechnen.

Nach dem Prinzip des Unterliegens folgt die Verurteilung zur Tragung der Verfahrenskosten, die zugunsten des Staates zu

zahlen sind.

Aus diesen Gründen

trifft der Rechnungshof – Rechtsprechungssektion Bozen folgendes endgültiges Urteil:

Der Beklagte HOFER Ernst wird **verurteilt** zugunsten der Gemeinde Ahrntal den Betrag von € 383,00,- zu zahlen, zuzüglich der Geldaufwertung und der gesetzlichen Zinsen wie in den Rechtsausführungen begründet, sowie zur Zahlung der Verfahrenskosten zugunsten des Staates, welche auf € beziffert werden.

So entschieden in Bozen, in der nichtöffentlichen Sitzung vom 18. Mai 2017.

Der Abfasser des Urteils
(Enrico Marinaro)

Die Vorsitzende
(Donata Cabras)

Im Sekretariat hinterlegt 14 jun 2017

Sentenza n.13/2017

REPUBBLICA ITALIANA
IN NOME DEL POPOLO ITALIANO
LA CORTE DEI CONTI
SEZIONE GIURISDIZIONALE DI BOLZANO

composta dai magistrati

Donata CABRAS	presidente
Enrico MARINARO	consigliere relatore
Irene THOMASETH	consigliere

ha pronunciato la seguente

SENTENZA

nel giudizio di responsabilità iscritto al n. 1892/R del registro di segreteria, promosso dalla Procura regionale nei confronti di HOFER Ernst, rappresentato e difeso dall'avvocato Martin Mairhofer del Foro di Bolzano;

uditi, nella pubblica udienza del 18 maggio 2017, il giudice relatore, il pubblico ministero Alessia Di Gregorio e l'avvocato Mairhofer;

esaminati gli atti ed i documenti di causa;

RITENUTO IN FATTO E CONSIDERATO IN DIRITTO

1. Con atto di citazione del 21 dicembre 2016 la Procura regionale, a seguito delle indagini avviate sullo spunto di alcuni articoli di stampa, ha chiamato in giudizio il sig. Ernst HOFER, segretario comunale presso il Municipio di Valle Aurina, per sentirlo condannare al risarcimento, in favore dello stesso,

dell'importo di € 856,55-, oltre interessi, rivalutazione e spese del giudizio, in relazione alla corrispondente spesa scaturita dalla delibera giuntale n. 484 del 2 novembre 2011, con cui si stabiliva di assumere a carico del bilancio dell'Ente l'esborso concernente l'acquisto, il confezionamento e la decorazione di un cristallo di rocca consegnato al presidente della Provincia Alois Durnwalder *“in occasione del suo 70° compleanno”*.

1.1 Secondo il requirente, alla luce degli artt. 21 e 22 del t.u. regionale sull'ordinamento dei comuni, *“nel caso di specie, difettano radicalmente le condizioni di ammissibilità delle spese di rappresentanza richieste dalla norma, considerando anche che la celebrazione del compleanno di Alois Durnwalder era un evento privato, privo di qualunque carattere istituzionale.”*

Dopo aver stigmatizzato la concezione dei rapporti tra i vari livelli di governo emergente dalle pervenute controdeduzioni, imperniata su una sorta di dovere di riconoscenza verso il presidente della Provincia per il sostegno da questi assicurato ai programmi di sviluppo della Valle Aurina, il p.m. ha concluso per l'ascrizione della responsabilità del contestato danno a carico dell'odierno resistente, avendo egli, nelle sue vesti di segretario comunale, abdicato con colpa grave alle sue precipue funzioni di garante della legalità e correttezza dell'azione amministrativa dell'Ente.

2. Con comparsa di risposta del 12 aprile l'avv. Martin Mairhofer, nel puntualizzare che la somma complessiva della spesa ammonta a € 766,55 (cioè € 90,00 in meno rispetto all'importo

azionato), ha contestato le pretese avversarie e formulato le seguenti conclusioni:

2.1 in via pregiudiziale, dichiarare la nullità degli atti istruttori e processuali della Procura per mancanza di una specifica e concreta notizia di danno;

2.2 in via preliminare, dichiarare l'intervenuta (parziale) prescrizione, dato che la fattura concernente l'acquisto del cristallo di rocca (pari a € 700,00) è stata emessa in data 22 settembre 2011, mentre il primo atto interruttivo (l'invito a dedurre) è stato notificato solo in data 27 settembre 2011;

2.3 nel merito, rigettare la domanda, stante la piena ammissibilità dell'esborso in questione quale spesa di rappresentanza, trattandosi di un omaggio attinente ad un'occasione di particolare rilievo, e comunque mandare assolto il convenuto:

2.3.1 per difetto di competenza, essendo la gestione delle spese di rappresentanza intestata alla Giunta comunale;

2.3.2 e/o per assenza di colpa grave, segnatamente alla luce di una comunicazione del Consorzio dei comuni dd. 19 settembre 2011, volta a suggerire l'opzione per un versamento in favore delle popolazioni africane colpite dalla carestia, dalla quale si trarrebbe l'implicita conferma della praticabilità dell'effettuato regalo;

2.4 in via del tutto subordinata, tener conto dei vantaggi comunque conseguiti di cui all'art. 1-bis, l. n. 20/1994 e ridurre al minimo la condanna in applicazione del potere riduttivo.

3. Alla pubblica udienza, premesso che il p.m. ha condiviso la prefata puntualizzazione circa il corretto ammontare della pretesa risarcitoria (€ 766,55), le parti hanno ribadito e sviluppato le proprie posizioni

4. Ciò posto, va innanzitutto respinta la formulata eccezione di nullità istruttoria, ricorrendo nella specie un input ragionevolmente circostanziato e plausibilmente attinente ad un possibile pregiudizio degli interessi finanziari pubblici, tale dunque da escludere che la Procura abbia esercitato un non consentito controllo generalizzato su una pluralità indifferenziata di atti.

Basti al riguardo por mente al prodotto articolo di stampa tratto dal quotidiano Alto Adige del 26 settembre 2011 [*E' corretto che i sindaci usino fondi pubblici per il regalo a Luis Durnwalder? La settimana di festeggiamenti per i 70 anni del presidente provinciale è terminata, ma non le polemiche. Per evitare la corsa al regalo più bello, il Consorzio dei Comuni ha suggerito ai sindaci di optare per versamenti a sostegno di progetti di aiuto alla carestia in Africa. Donare 0,10 centesimi per abitante, è stato il suggerimento. Adesione in massa, ma le scelte sono state diverse. A Bronzolo, spiegava il sindaco Benedetto Zito durante la festa di sabato a Castel Tirolo, la giunta si è autotassata: «Non ci sembrava corretto gravare sulle casse comunali. Abbiamo deciso di partecipare a questa iniziativa benefica, pagandola però di tasca nostra. Abbiamo pochi abitanti, quindi la cifra era di soli 260 euro». Il Comune di Bolzano non ha ancora discusso la questione*

in giunta, ma il sindaco Luigi Spagnolli si è impegnato. Con fondi comunali però: «Sto verificando da quale capitolo di bilancio attingere». Se verrà rispettato il principio dei 10 centesimi, Bolzano verserà 10 mila euro. L'aiuto all'Africa è stata la scelta anche del gruppo Svp in Provincia.], per convenire sulla piena legittimità, ed anzi doverosità, della intrapresa istruttoria, necessariamente concretizzatasi – viste le differenti condotte riferite dal giornale (“E’ corretto che i sindaci usino fondi pubblici per il regalo a Luis Durnwalder?...Adesione in massa, ma le scelte sono state diverse...”) – in una richiesta di informazioni ai sindaci altoatesini circa l’eventuale effettuazione di “*spese di qualunque tipo in occasione della festa del 70° compleanno del presidente provinciale*”.

La pretesa del convenuto che dalla *notitia damni* si dovesse direttamente dedurre l’acquisto da parte (proprio) del Comune di Valle Aurina di un regalo al governatore Durnwalder a carico del bilancio dell’ente si risolve quindi in un argomento di mero segno difensivo, in quanto presuppone un sostanziale svuotamento delle potestà istruttorie attribuite dall’ordinamento alla Procura contabile.

5. Pure da disattendere è l’eccezione di intervenuta (parziale) prescrizione, posto che la menzionata delibera di liquidazione delle spese *de quibus* (€ 700,00 + € 66,55) è stata emessa in data 2 novembre 2011, con conseguenti mandati di pagamento del successivo 14 novembre.

6. Passando al merito, giova riportare per esteso la cennata disciplina del t.u. regionale sull'ordinamento dei comuni:

l'art. 21 dispone che *“sono spese di rappresentanza quelle sostenute per mantenere od accrescere il prestigio dell'amministrazione comunale”*: esse *“trovano il loro fondamento nella esigenza che il comune ha, in rapporto ai propri fini istituzionali, di manifestarsi all'esterno e devono essere finalizzate, nella vita di relazione del comune, all'intento di far conoscere ed apprezzare l'attività svolta in favore della collettività”*;

l'art. 22, dopo aver statuito al comma 1 che *“la gestione del fondo spese di rappresentanza, nei limiti degli stanziamenti fissati nel bilancio di previsione, è affidata alla giunta comunale nel rispetto di quanto stabilito nel successivo comma...”*, precisa (appunto) al comma 2 quanto segue: *“sono da considerarsi spese di rappresentanza ammissibili quelle concernenti: a) acquisto di decorazioni, medaglie, coppe, libri, fotoriproduzioni, diplomi, fiori, oggetti simbolici per premi o atti di cortesia in occasione di manifestazioni ed iniziative di particolare rilievo; b) colazioni di lavoro in occasione di ricevimenti; c) acquisto di generi di conforto ed altri oggetti in conseguenza di convegni di studio, visite di rappresentanza di altri comuni ed enti pubblici; d) servizi di illuminazione, addobbi e simili in occasione di solennità varie; e) gemellaggi con altri comuni; f) scambi di esperienza con altri enti nei diversi settori di attività; g) inaugurazione di opere*

pubbliche; h) onoranze funebri relative a dipendenti deceduti in attività di servizio o a persone che hanno rappresentato il comune o che, con la loro opera, abbiano dato lustro e prestigio al medesimo; i) manifestazioni e segni di riconoscenza a favore di dipendenti con attività di servizio pluriennale.”

6.1 Ebbene, afferma il convenuto, all'uopo riferendosi al contenuto della suindicata lettera a), che la normativa “*non esclude che le spese di rappresentanza possano essere effettuate anche in occasione di un compleanno di un indubbiamente alto rappresentante di un' autorità, esattamente come non esclude che il Comune porti p.es. i suoi auguri e un piccolo regalo agli anziani del posto in occasione di un compleanno speciale.*”

Il paragone non coglie nel segno e risulta semmai controproducente.

E' chiaro, difatti, che l'ipotetico mazzo di fiori offerto all'ospite centenario della locale casa di riposo attiene strettamente ai “*fini istituzionali*” dell'ente ed anzi ad un precipuo momento della sua “*vita di relazione*”, consentendogli “*di far conoscere ed apprezzare l'attività svolta in favore della collettività*”, nella specie con riguardo all'assistenza ai concittadini in età avanzata : in altri termini, l'omaggio al singolo anziano che ha raggiunto un particolare traguardo anagrafico assume in questo senso un “*particolare rilievo*” (v. comma 2, lett. a), in quanto vale a rinsaldare la comunità e quindi a “*mantenere od accrescere il prestigio dell'amministrazione comunale*”.

Per converso, il compleanno di un soggetto estraneo alla comunità municipale (quale il governatore della provincia), pur se festeggiato con ampia risonanza per la notorietà del personaggio, non appare idoneo a integrare le condizioni di ammissibilità della spesa, non risultando comprensibile in quali termini il regalo in questione abbia, come asserisce il resistente, *“aumentato il prestigio del Comune di Valle Aurina”*.

6.2 Ciò, a maggior ragione, ove si considerino le controdeduzioni prodotte dall’interessato in sede preprocessuale (doc. 12), le quali denotano, invero, una valenza ‘confessoria’ delle censure avversarie:

“Era uso che i comuni, prima della progettazione di nuove opere edilizie o di risanamenti di strade e piazze, si consultassero con il presidente provinciale. Ciò anche per capire se nell’anno corrente il bilancio provinciale disponeva di mezzi finanziari sufficienti per le opere pubbliche previste, poiché il presidente provinciale aveva ‘centralizzato’ la concessione dei contributi provinciali ai comuni”; onde, *“in tale contesto e soprattutto perché il presidente provinciale aveva promesso di appoggiare un programma per lo sviluppo della Valle Aurina (tra l’altro aveva ricevuto il sindaco e la giunta comunale a Bolzano nel gennaio 2011), la giunta comunale di Valle Aurina aveva deciso di regalare al presidente provinciale un cristallo di rocca tipico della Valle Aurina (la Valle Aurina è nota per questo tipo di cristalli). In tal modo negli anni successivi l’amministrazione comunale poteva perseguire e*

portare avanti in modo sistematico i suoi obiettivi; circostanza dalla quale l'intero comune ha ottenuto dei vantaggi"; di conseguenza, "il regalo è stato offerto come segno di riconoscenza della popolazione della Valle Aurina."

6.3 Ora, non v'è chi non veda come tale impropria concezione dei rapporti con l'ente territoriale centrale, imperniata su un diretto riferimento alla persona fisica del suo presidente, venga di fatto a sovvertire l'ordine delle competenze istituzionali dell'ente medesimo, nonché ad inficiare la corretta procedimentalizzazione dell'iter decisionale, il quale, nel rispetto dei principi di trasparenza e imparzialità, dovrebbe invece prendere forma, in applicazione di criteri collegialmente predeterminati dall'organo politico in via generale, attraverso le valutazioni tecnico-giuridiche delle strutture (ripartizioni e uffici) preposte ai settori di volta in volta considerati (cfr. l.p. n. 17/1993).

Per cui, il voler conferire rilevanza ad un siffatto (malinteso) senso di riconoscenza certo non si concilierebbe con il canone di buon andamento dell'agire amministrativo, ai sensi del quale i diversi enti coinvolti sono in quanto tali tenuti, nelle rispettive posizioni ad essi conferite dall'ordinamento, a conformarsi impersonalmente al dovere di leale collaborazione e di ottimale componimento dei pubblici interessi prospettati e/o considerati.

7. Le esposte considerazioni, oltre a dimostrare la dannosità dell'operato esborso, implicano altresì, in forza del loro contenuto, un addebito a titolo di colpa grave, *sub specie* di imperdonabile

negligenza, a carico del convenuto, essendo questi venuto meno, nell'apporre il preventivo parere di regolarità sulla cennata delibera, al proprio ruolo di garante della legalità e correttezza amministrativa dell'azione del Comune.

7.1 Premesso che, chiaramente, in alcun modo rileva la circostanza accennata nella comparsa di risposta, giusta la quale l'Hofer sarebbe privo del diploma di laurea (dovendosi altrimenti immaginare una inedita differenziazione, a seconda del titolo di studio posseduto dai singoli segretari comunali, del grado di svolgimento delle funzioni ad essi intestate), il collegio nemmeno condivide il risalto attribuito dalla difesa alla citata comunicazione del Consorzio dei comuni, il cui testo di seguito si riporta:

“Il Consiglio di amministrazione del Consorzio dei Comuni nella sua riunione del 16 settembre 2011 riguardo il 70° compleanno del presidente della Provincia dott. Luis Durnwalder ha deciso di suggerire ai Comuni di rinunciare a un regalo e di partecipare piuttosto alla raccolta fondi contro la carestia in Africa. Quale valore indicativo del contributo dei Comuni per l'iniziativa viene proposto l'importo di 0,10 euro per abitante.”

Infatti, come si ricava dalla piana lettura del testo, con la riferita nota il Consorzio non ha inteso riconoscere tacitamente la riconducibilità di eventuali regali alla categoria delle spese di rappresentanza, essendosi espresso non sul piano tecnico-consultivo, bensì su quello di una mera indicazione solidaristica priva di implicazioni di ordine giuridico (né risulta, lo si osserva

per completezza, che il Consorzio sia stato investito da una qualsivoglia richiesta di parere in argomento).

7.2 Lo spiccato livello di intensità della colpa, comprovato dalla circostanza (riferita dalla Procura e non contestata) che per la grandissima parte delle amministrazioni comunali della provincia non si è registrato l'utilizzo di denaro pubblico ai fini in oggetto, non rende praticabile l'invocato esercizio del potere riduttivo.

Alla luce delle conclusioni formulate al par. 6.1, non si rinviene poi un idoneo presupposto su cui fondare i pretesi vantaggi di cui all'art. 1-bis, l. n. 20/1994.

8. Nondimeno, deve ritenersi che la palese logica 'distorsiva' sottesa alla qui censurata iniziativa (v. par. 6.3) fosse agevolmente percepibile (in sede di adozione della censurata delibera) anche dai singoli componenti della Giunta, essendo ragionevole ritenere che ad ogni amministratore pubblico sia ben chiaro che il percorso decisionale concernente i programmi e/o i progetti dell'ente di appartenenza non possa incentrarsi su una sorta di personalistico atteggiamento di favore, a sua volta meritevole di una sorta di diretta riconoscenza di supposta natura 'istituzionale'.

Stante un siffatto scenario di concausalità, opina quindi il collegio che, ferme restando (come correttamente sottolineato in citazione, all'uopo richiamando la sentenza n. 32/2011 di questa Sezione) le precipue funzioni intestate alla figura del segretario comunale (vieppiù negli enti di piccole dimensioni: cfr. Sez. Lombardia n. 1286/2004), la metà del contestato ammontare vada, nella specie,

virtualmente e indistintamente imputato ai membri dell'esecutivo municipale.

9. Il convenuto deve essere quindi condannato al risarcimento in favore del Comune di Valle Aurina dell'importo di € 383,00-, oltre alla rivalutazione monetaria a decorrere dalla data di liquidazione delle spese fino al giorno di pubblicazione della presente sentenza, nonché, sull'ammontare così rivalutato, agli interessi dal giorno suddetto fino al soddisfo effettivo.

Alla soccombenza segue la condanna alle spese di giudizio, da rimborsare in favore dello Stato.

PQM

la Corte dei conti, Sezione giurisdizionale di Bolzano, definitivamente pronunciando, **condanna** HOFER Ernst al pagamento in favore del Comune di Valle Aurina dell'importo di € 383,00-, oltre rivalutazione e interessi nei termini di cui in motivazione, nonché al pagamento delle spese di giudizio, da rimborsare in favore dello Stato, che si liquidano in €

Così deciso in Bolzano, nella Camera di consiglio del 18 maggio 2017.

L'estensore
(Enrico Marinaro)

Il Presidente
(Donata Cabras)

Depositato in segreteria 14 giu 2017